

1995. Dabei traten die unterschiedlichen Auffassungen in der Bewertung des deutschen Projekts „Lehrverurteilungen“ zu Tage: Die VELKD-Vertreter insistierten darauf, daß die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre „nur im Rahmen und in der Folge“ der Beschlüsse zum Dokument über die Lehrverurteilungen möglich werde. Die katholische Seite vertrat demgegenüber die Auffassung, „das Lehrgespräch in Deutschland sei als regionales Ereignis zu würdigen, die Erträge blieben auf Weltebene nicht unbeachtet, jedoch sei der Dialog zwischen Rom und dem Lutherischen Weltbund umfassender und daher auch höher einzuschätzen“.

## Ökumenisches Signal im Lutherjahr?

Ob es in absehbarer Zeit zu einer verbindlichen Antwort des katholischen Lehramts auf die Verwerfungsstudie kommt, muß vorerst offenbleiben. Das gründliche Gutachten des Einheitsra-

tes mit seiner über weite Strecken positiven Würdigung der Ergebnisse von „Lehrverurteilungen – kirchentrennend?“ läßt keine Rückschlüsse auf das weitere römische Prozedere in dieser Frage zu. Eine offizielle katholische Stellungnahme zur lutherisch-katholischen Erklärung über die Rechtfertigungslehre bzw. zu den damit zusammenhängenden Verwerfungen des Trienter Konzils wäre allerdings ein wichtiger Schritt in die vom deutschen Projekt gewiesene Richtung.

Die Gemeinsame Ökumenische Kommission, die dieses Projekt angestoßen und begleitet hat, wurde im Anschluß an die Begegnung Johannes Pauls II. mit dem Rat der EKD beim ersten Deutschlandbesuch des Papstes im November 1980 ins Leben gerufen. Für Ende Juni dieses Jahres ist die dritte Reise Johannes Pauls II. nach Deutschland mit den Stationen Paderborn und Berlin vorgesehen. In Paderborn steht eine ökumenische Begegnung auf dem Programm. Wäre das nicht ein Anlaß für ein päpstliches Signal gegenüber den deutschen Protestanten im Lutherjahr 1996? U. R.

## USA: Bischöfe warnen vor Sozialabbau

*Tiefgreifende Auseinandersetzungen zeichnen sich in den USA um den Zuschnitt staatlicher Sozialpolitik ab. Und das am Beginn eines Jahres, in dem die nächsten Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die US-Bischöfe meldeten sich in jüngster Zeit mehrfach zu diesem Thema zu Wort.*

Wenn es um kirchliche und theologische Fragestellungen geht, tun sich die US-Bischöfe zunehmend schwerer, in den eigenen Reihen einen Konsens zu finden (vgl. HK, September 1995, S. 464 ff.). Wenn dagegen politische, sozialpolitische bzw. gesellschaftsbezogene Themen auf der Tagesordnung stehen, ist dies (noch) anders. Ein Jahr vor den kommenden Präsidentschaftswahlen traten sie mit Äußerungen hervor, mit denen sie sich im politischen

Amerika nicht nur Freunde machten. Um es in parteipolitischen Kategorien zu sagen: Die traditionelle Nähe der Katholiken zur Demokratischen Partei, zu „liberalem“ politischen Denken lebt in den Stellungnahmen der Bischöfe zwar wieder auf, was aber nicht heißt, daß die US-Katholiken ebenso denken wie ihre Bischöfe. Als „liberal“ bezeichnet man im Amerikanischen ein politisches Denken, das sozialen Gesichtspunkten einen hohen

Stellenwert einräumt sowie die aktive Rolle des Staates betont.

## Wie steht es um die Ausrichtung am Gemeinwohl?

Wie schon bei den letzten fünf Präsidentschaftswahlen veröffentlichte der *Geschäftsführende Ausschuß der US-Bischöfenskonferenz* ein Jahr vor den nächsten Präsidentschaftswahlen, am 3. November 1995, ein ausführliches Schreiben zur politischen Situation in den USA (Political Responsibility: Proclaiming the Gospel of Life, Protecting the Least Among Us and Pursuing the Common Good, Wortlaut in: *Origins*, 16. 11. 95, S. 369 ff.). Die Erklärung ist in erster Linie ein Versuch, auf den drohenden Verlust an *Gemeinwohlorientierung*, der die amerikanische Innen- und Sozialpolitik nach Ansicht nicht nur der Bischöfe kennzeichnet, hinzuweisen und rechtzeitig Gegenkräfte zu mobilisieren.

Das Thema der Stellungnahme gehen die Bischöfe in drei Schritten an: In einem ersten Abschnitt skizzieren sie die politische Diskussion bzw. Stimmung, wie sie sie gegenwärtig in ihrem Land wahrnehmen. Dabei stellen sie einen *Mangel an substanzieller politischer Debatte* und einen Zuwachs an *Zynismus* fest. Letzterer fördere die frustrierende Einstellung, Politik helfe ohnehin eher der Elite und mächtigen Gruppen als dem normalen Volk und dem Gemeinwohl. Den Schlüssel für die Erneuerung des politischen Lebens sehen die Bischöfe in einem vermehrten Bemühen um das Gemeinwohl und einem unzweideutigen Einsatz für die *Würde jedes einzelnen Menschen*. Den Umgang mit den Schwachen der Gesellschaft erheben sie geradezu zum *Testfall der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen*.

In einem zweiten Kapitel befassen die Bischöfe sich mit der *Rolle der Kirche im politischen Leben des Landes*. Dabei weisen sie die Verdächtigung zurück, sie überschritten mit ihrem Engagement die gerade in der US-amerikanischen Gesellschaft sehr ge-

nau beachteten Grenzen zwischen Politik und Religion. „Uns Bischöfen geht es nicht um die Schaffung eines religiösen Wählerblocks“, betonen die Bischöfe, wohl auch, um sich damit von entsprechenden Bestrebungen in konservativ-protestantischen Milieus Amerikas abzusetzen (vgl. HK, Februar 1996, 61). Auch wolle man nicht den Wählern vorschreiben, wen sie zu wählen hätten: „Vielmehr haben wir das Recht und die Pflicht, als Lehrer die moralischen Dimensionen der zentralen politischen Herausforderungen der Gegenwart zu analysieren... Wir sind überzeugt, daß eine konsistente Lebensethik der moralische Rahmen sein sollte, innerhalb dessen wir alle Themen im politischen Raum angehen.“

Das dritte Kapitel besteht aus einer *Auflistung von politischen Themen*, von denen die Bischöfe annehmen, daß sie die Diskussion der nächsten Monate bestimmen werden: von A wie „abortion“ (Abtreibung) über C wie „capital punishment“ (Todesstrafe), I wie „immigration“ (Einwanderung) bis W wie „welfare reform“ (Reform des Sozialstaates). Auch außenpolitische Fragen (Balkan, Mittlerer Osten, Kuba, Afrika u. a.) werden behandelt.

---

## Für eine aktive Rolle des Staates

---

Herausragendes Thema dieser Stellungnahme ist jedoch jene Frage, die in den zurückliegenden Monaten das politische Washington beherrschte, die *Einsparungen auf dem Sozialsektor*, mit denen vor allem die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus das Haushaltsdefizit abbauen möchte. Weit über die konkreten Fragen hinaus sehen die Bischöfe darin das Schlüsselthema des politisch-staatlichen Handelns in den USA und ein Überlebenssthema ihres Landes.

In der Debatte um Familienwerte und den Sozialstaat, so die Bischöfe, werde von „falschen Alternativen“ ausgegangen: So als müsse man „zwischen Verantwortung und Mitleid“ wählen,

„zwischen mehr gemeinschaftlichen Strukturen und staatlichen Geldern im Kampf gegen die Armut“. Die einen meinten, es bräuchte „nur bessere Werte (mehr Zeit für die Kinder, mehr sexuelle Beherrschung, mehr persönliche Verantwortung, größere Beachtung der moralischen Werte)“. Andere sagten, man bräuchte „nur eine bessere Politik (mehr Arbeitsplätze, ein höherer Mindestlohn, bessere Sorge für die Kinder, eine anständige Gesundheitsfürsorge, bessere Versorgung mit Wohnungen)“.

Nicht nur von diesen bereits klassischen, dem Links-Rechts-Schema folgenden Antworten setzen sich die Bischöfe ab. Eine „wachsende Versuchung“ sehen sie darin, „soziale Unsicherheit und moralischen Niedergang“ nicht auf Fehler der politischen und wirtschaftlichen Führung zurückzuführen, sondern ein „Zuviel an Mitleid“ dafür verantwortlich zu machen. Manche seien der Ansicht, die Nation sei vor allem wegen der allzu vielen Einwanderer in Schwierigkeiten und der Frauen, die erst das Sozialsystem zu Müttern gemacht habe („welfare mothers“; dieser Begriff spielt auf äußerst kontrovers aufgenommene Versuche an, unverheirateten und/oder Schwangeren, die unter 18 Jahre alt sind, staatliche Zuweisungen zu kürzen).

Manche führten die grassierenden Schwierigkeiten zurück auf „zu wenig Geburtenkontrolle, zu wenige Abtreibungen, zu wenige Gefängnisse und Hinrichtungen; und vor allem zu viel Auslandshilfe und „affirmative action“, die bevorzugte Einstellung von Arbeitnehmern aus Minderheitengruppen. Man könne jedoch nicht nur die Armen und Machtlosen für die Probleme verantwortlich machen. Die Bischöfe betonen, ihnen sei *nicht am Erhalt des Status quo* in bezug auf das Sozialsystem gelegen. „Wir widersetzen uns jedoch Versuchen, die Bundesregierung aus der Verantwortung zu entlassen, Familien im Kampf gegen die Armut und für die Befriedigung der Basisbedürfnisse der Kinder zu unterstützen“.

Für die US-amerikanische Gesellschaft ist mit diesem Thema eine zentrale Frage ihres politischen Selbstverständnisses berührt: Es geht um die Rolle des Staates, um das Verhältnis zwischen dem Bürger und seinem Staat. Die Bischöfe werben regelrecht für eine aktive Rolle des Staates gegenüber den Benachteiligten der US-Gesellschaft. Sie verteidigen sich gegen Vorwürfe, der Sozialstaat schade letztlich der Demokratie. Es gehe ihnen darum, die Demokratie zu stärken.

---

## Johannes Paul II. als Zeuge für eine konsistente Lebensethik

---

Die Bischöfe bemühen sich auch bei denen um Zustimmung, von denen sie wissen, daß diese ihre Ansichten zur Sozialpolitik nicht teilen: Dankbar anerkenne man das Opfer, die harte Arbeit und den Einsatz derjenigen, die der Nation und den Gemeinwesen auf diese Weise dienen, sagen die Bischöfe im Blick auf die vielen Durchschnitts-Amerikaner, in deren Weltbild Hilfe des Staates für die Armen und Benachteiligten einen anderen Stellenwert einnimmt als für vergleichbare Bürger mitteleuropäischer Staaten.

Die Stellungnahme zum Wahljahr blieb in jüngster Zeit nicht die einzige Äußerung von US-Bischöfen dieses inhaltlichen Zuschnitts. Neben Stellungnahmen einzelner Bischöfe und regionaler Bischofskonferenzen reagierten sie auf ihrer Herbstvollversammlung 1995 mit einer kurzen, aber im Ton eher schärferen Reaktion auf neueste Entwicklungen im US-Kongreß (Wortlaut in: *Origins*, 23. 11. 95, S. 393 f.). Die US-Regierung bezeichnet die Bischöfe darin als „arbeitsunfähig, gelähmt durch Partisanenkämpfe und ideologisches Patt“. Die zunehmende wirtschaftliche und politische Polarisierung bezeichneten sie als eine „fundamentale moralische und religiöse Herausforderung“. Finanzielle Kürzungen und das Vermeiden von Defiziten seien zwar un-

umgänglich, „jedoch sollten die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft nicht die größten Lasten tragen“. Gleichfalls auf der Herbstvollversammlung erinnerten die Bischöfe an ihren vor zehn Jahren veröffentlichten Hirtenbrief zu Wirtschaftsfragen (vgl. HK, März 1987, 107 ff.).

Wenn die Bischöfe in ihren Stellungnahmen auffällig oft und ausführlich Äußerungen Johannes Pauls II. zitierten, ist dies auch vor dem Hintergrund des besonderen inneramerikanischen Umgangs mit diesen Themen zu sehen. Seit langem sind die US-Bischöfe – was ihr politisch-gesellschaftliches Engagement angeht – Vorwürfen rechtskatholischer Kreise der US-Kirche ausgesetzt: Diese halten ihnen vor, daß sie sich in der Abtreibungsfrage zu wenig kämpferisch zeigten, als auch,

daß sie faktisch dem demokratischen politischen Lager mit Äußerungen zu Fragen wie Sozial-, Einwanderungs-, und Menschenrechtspolitik Schützenhilfe leisteten.

Wenige Wochen vor dem letzten USA-Besuch des Papstes veröffentlichten die US-Bischöfe eine größere *Erklärung zur Abtreibungsfrage*, deren Wortlaut bereits auf der Vollversammlung der Bischofskonferenz im Juni in Chicago verabschiedet worden war (Wortlaut in: *Origins*, 29.6.95, S. 116 ff.). Sie liest sich wie eine amerikanische Antwort auf die Enzyklika „*Evangelium vitae*“ (vgl. HK, Mai 1995, S. 224 ff.). Die Bischöfe kritisierten darin eine „Abtreibungsmentalität“, die seit dem Abtreibungsurteil des Obersten Gerichtshofes der USA im Jahre 1973 über das Land hereingebrochen sei.

Dieselben US-Bürger, die bei den US-Bischöfen in der Vergangenheit eine schärfere Gangart in der Abtreibungsdiskussion einklagten und dabei den Papst zum Zeugen anriefen, zeigten sich jedoch immer wieder *auffällig weniger papsttreu*, wenn es um Fragen der Sozial-, Einwanderungs- und Menschenrechtspolitik geht, wie im vergangenen Herbst beim jüngsten Besuch Johannes Pauls II. in den USA erneut zu spüren war (vgl. HK, November 1995, S. 623 f.). Äußerungen des Papstes gerade in diesen Fragen betrachten die US-Bischöfe insofern als eine gern gesehene Unterstützung des Bischofs von Rom für die US-Bischöfe dort, wo diese sich bisher schwer tun, der eigenen Gesellschaft eine konsistente, sprich: unteilbare Lebensethik argumentativ nahezubringen. K. N.

## Nicht das letzte Wort

### Konsultationsphase für ein Sozialwort der Kirchen abgeschlossen

*Der vor anderthalb Jahren begonnene Konsultationsprozeß für ein gemeinsames Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland hat eine überraschend große Resonanz gefunden, besonders auch in der nichtkirchlichen Öffentlichkeit. Mit einer Bilanzveranstaltung in Berlin wurde Anfang Februar die eigentliche Konsultationsphase abgeschlossen. Bis Ende dieses Jahres soll das endgültige Sozialwort der Kirchen vorliegen.*

Die Dynamik, das enorme Echo überraschte selbst die Initiatoren. Daß der nun fast 15 Monate dauernde Konsultationsprozeß für ein gemeinsames Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland auf so große Resonanz gerade auch in der nichtkirchlichen Öffentlichkeit stoßen würde, damit war nicht zu rechnen. Dabei gilt der von den Kirchen eingeschlagene Weg, das Verfahren selbst als der eigentliche Hauptgrund für dieses breite Echo: Möglichst viele waren gefragt. Nicht nur Expertenwissen, auch die Kompetenz der Alltagserfahrung sollte zur Sprache kommen, was alle angeht, von allen beurteilt und beraten werden. Denn nicht zuletzt zielten die Kirchen auch darauf, Sensibilität und Verantwortlichkeit für die sozialen und ökonomischen Belange des Landes unter möglichst vielen Christen wie auch über deren Kreise hinaus zu wecken oder zu fördern.

„Es sollte eine Praxis der Kirchen werden, daß ein grundsätzliches sozialetisches Wort der Kirche von allen in

der Kirche erstellt und darum dann auch getragen wird“, hatte der Hauptinitiator des Prozesses, der Hildesheimer Bischof und Vorsitzende der Kommission der Deutschen Bischofskonferenz für gesellschaftliche und soziale Fragen, *Josef Homeyer*, bei der Vorstellung der Diskussionsvorlage betont (vgl. HK, Januar 1995, 9 ff.). Dieses Verfahren, in dem deutlich wurde, daß „das Volk Gottes vorrangiger Träger der kirchlichen Sozialverkündigung“ ist (so der Frankfurter Sozialethiker *Friedhelm Hengsbach*), feierte der evangelische Bischof von Berlin, *Wolfgang Huber*, bei einer Veranstaltung des Hamburger Kirchentages im Juni 1995 als „kleine Revolution“ (vgl. HK, August 1995, 417), völlig verschieden von den bisher hinter verschlossenen Türen der EKD-Kammern entstehenden Denkschriften. Die „Bundesarbeitsgemeinschaft Christen und Christinnen bei Bündnis 90/Die Grünen“ sprach in ihrer Stellungnahme von einem „Vorstoß beider Kirchen in Richtung auf eine basisdemokratisch verfaßte Gesellschaft“.